

10 Jahre Integrationskursverordnung – Bilanz und Perspektive

//In einer vielbeachteten gemeinsamen Veranstaltung unmittelbar vor dem Tag des Flüchtlings haben GEW, DVV und BBB die Politik aufgefordert, 180 Millionen Euro für die gebotene Reform der Integrationskurse und die Stabilisierung der Lage der Lehrkräfte aufzuwenden.//



Foto: Kay Herschelmann

Gut 110 Personen aus Politik, Trägerverbänden und deren Einrichtungen, Wissenschaft und Gewerkschaft nahmen an der erstmals von GEW, dem Deutschen Volkshochschulverband (DVV) und dem Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (BBB) gemeinsam veranstalteten Fachtagung „10 Jahre Integrationskurse – Bilanz und Perspektive“ teil. Während der im Haus des DGB Berlin-Brandenburg durchgeführten Veranstaltung machten vor und im Veranstaltungsgebäude Angehörige der Berliner VHS-Dozentinnenvertretung u.a. mit einer großen Versammlung, mit Plakaten, Flugblättern und Postkarten anschaulich auf die desolate Lage der Integrationskurslehrkräfte aufmerksam.

Nach der Begrüßung durch die Vorsitzenden der Verbände Marlis Tepe (GEW), Prof. Rita Süßmuth (DVV) und Thiemo Fojkar (BBB) plädierte die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Aydan Özoguz, für eine umfassende integrative Politik, für eine Differenzierung in der Sprachförderung sowie eine angemessene Wertschätzung der Arbeit der Lehrkräfte. Der zuständige Ministerialdirigent aus dem

Bundesministerium des Innern Dr. Thomas Herzog beschrieb anschließend die Genese der Integrationskursverordnung und die auf dem jüngsten „Flüchtlingssgipfel“ von der Politik beschlossenen Maßnahmen. Eine Rechtsänderung hält er in Gänze für nicht notwendig und verwies auf den bislang nicht gekannten Anstieg der Teilnehmer/innenzahlen der Integrationskurse, in deren Folge die Auslastung und die Planungssicherheit der Träger gestiegen sein müssten. Dies dürfte eine Basis für eine bessere Bezahlung der Lehrkräfte bilden – eine Argumentation, die im Laufe der Tagung mehrfach begründet zurückgewiesen wurde.

In seinem wissenschaftlichen Hauptvortrag stellte der Sprachwissenschaftler Professor Christoph Schroeder (Universität Potsdam) eine Reihe kritischer Fragen an das Kurssystem, deren Beantwortung u.a. eine externe Evaluation der Kurse dringend erforderlich erscheinen lassen.

Der afghanische Rapper El Sam berichtete mit seinen Songs von den Schrecken des Krieges und Terrors in Afghanistan, dem Leid und der Verzweiflung der Familien und von den niederdrückenden Bedingungen von Flucht und Migration



GEW Hauptvorstand

**GEW Hauptvorstand
Organisationsbereich
Berufliche Bildung
und Weiterbildung**

Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt a. M.

Verantwortlich:

Leiter

Ansgar Klinger

069/78973-325

ansgar.klinger@gew.de

Referent

Arnfried Gläser

069/78973-319

arnfried.glaeser@gew.de

Fax:

069/78973-103

Internet: www.gew.de

Facebook: facebook.com/

GEW.DieBildungsgewerkschaft

Twitter:

twitter.com/gew_bund

Vorstandsteam

Bundesfachgruppenausschuss

Erwachsenenbildung

Wilfried Rehfeld

02571/2587

dialog@muenster.net

Ursula Martens-Berkenbrink

0531/ 893957

martens-b@t-online.de



GEW Hauptvorstand

und konnte gleichzeitig den Teilnehmenden neuen Mut und Motivation für ihre Arbeit schenken.

Anschließend konnten die „Akteure“ eine Bilanz zu den Integrationskursen aus ihrer Sicht formulieren, wobei alle Akteure den Anspruch der Kursleiter/innen auf eine deutlich bessere Bezahlung sowie die Anerkennung ihrer qualitativ hochwertigen Arbeit betonten. So wies aus Sicht der Arbeitnehmer/innenvertretung Ansgar Klinger, Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand der GEW, Überlegungen zurück, das in der Integrationskursverordnung vorgeschriebene hohe Niveau der Kursleitenden (Akademischer Abschluss + Daz/DaF-Zusatzqualifikation) zu reduzieren, um das Reservoir infrage kommender Lehrkräfte zu erhöhen. Ähnlich wie bei Leiharbeit und Werkverträgen sei bei den Honorarverträgen die Bereitschaft der Arbeitenden unterdurchschnittlich, sich zu organisieren und gemeinsam Verbesserungen der prekären Lage zu erzielen, weshalb es umso wichtiger sei, sich in der Gewerkschaft zu organisieren. Darüber hinaus stelle man sich die am Ende zu bejahende Frage, ob die Situation eine andere wäre, wenn nicht mehr als 80 % der etwa 24.000 zugelassenen Integrationskurslehrkräfte Frauen, sondern Männer wären. Das zentrale Problem im Bereich der Integrationskurse, so Klinger, sei die Unterfinanzierung – dies gelte im Übrigen für die gesamte öffentlich finanzierte Weiterbildung.

An der anschließenden Gesprächsrunde mit Abgeordneten aus dem Innenausschuss des Bundestages nahmen für die SPD Rüdiger Veit, für die Fraktion der LINKEN Sevim Dagdelen und für die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN Volker Beck teil – von der Fraktion der CDU/CSU hat kein/e Abgeordnete/r die Einladung angenommen. Alle anwesenden Fraktionsvertreter/innen äußerten Verständnis für die Forderungen der Lehrkräfte, legten sich allerdings nicht auf einen bestimmten Umfang der benötigten Gelder fest. Anschließend stellten die Veranstalter den zentralen Inhalt des gemeinsamen Positionspapiers „10 Jahre Integrationskurse – Ein Erfolgssystem ist dringend reformbedürftig“ und die nächsten politischen

Schritte im Rahmen des gebildeten Bündnisses vor.

In dem gemeinsamen Positionspapier wird die Bundesregierung aufgefordert, die Integrationskurse zehn Jahre nach ihrer Einführung mit einer grundlegenden Reform den veränderten gesellschaftlichen Erfordernissen anzupassen. Reformbedarf sieht das Bündnis insbesondere in drei Bereichen:

Der Integrationskurs muss geöffnet werden für Asylsuchende und Geduldete. Denn für echte Teilhabe an Gesellschaft und Arbeitsmarkt müssen Einwanderer schnellstmöglich die Landessprache erlernen.

Die Lehrkräfte müssen leistungsgerecht bezahlt und sozial abgesichert werden, entsprechend den hohen Anforderungen an ihre Qualifikationen und Leistungen.

Die Träger brauchen mehr Planungssicherheit und müssen bürokratisch entlastet werden, um Zuwanderern einen orts- und zeitnahen Zugang zu einem zuverlässigen und differenzierten Angebot zu ermöglichen.

Für die Reform werden zusätzliche Mittel in Höhe von 180 Millionen Euro benötigt, die sich im Vergleich zu ihrem hohen Nutzen für Gesellschaft und Wirtschaft vergleichsweise bescheiden ausmachen.

Nahezu das gesamte Spektrum der Integrationskursträgerlandschaft – auch das ist einmalig – hat sich dem Bündnis angeschlossen: Die Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit e.V., Arbeit und Leben, die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit, die Katholische Erwachsenenbildung Deutschland, die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, die deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, das DAZ-Netzwerk und der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit.

Eine Dokumentation der Tagung finden Sie unter

<http://www.gew.de/weiterbildung/aktuell/es/detailseite/neuigkeiten/10-jahre-integrationskursverordnung-tagung-von-gew-dvv-und-bbb-am-17-juni-2015/>

**GEW Hauptvorstand
Organisationsbereich
Berufliche Bildung
und Weiterbildung**

Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt a. M.

Verantwortlich:

Leiter
Ansgar Klinger
069/78973-325
ansgar.klinger@gew.de

Referent
Arnfried Gläser
069/78973-319
arnfried.glaeser@gew.de

Fax: 069/78973-103
Internet: www.gew.de
Facebook: facebook.com/
GEW.DieBildungsgewerkschaft
Twitter: twitter.com/gew_bund

**Vorstandsteam
Bundesfachgruppenausschuss
Erwachsenenbildung**

Wilfried Rehfeld
02571/2587
dialog@muenster.net

Ursula Martens-Berkenbrink
0531/ 893957
martens-b@t-online.de